

Humboldt-Universität zu Berlin  
Kommission für Lehre und Studium  
des Akademischen Senats

17.02.10  
I C 1

### **Protokoll Nr. 04/10 (Ferienausschuss)**

der Beratung der Kommission für Lehre und Studium (LSK) des Akademischen Senats (AS) am  
15. Februar 2010 von 14.15 Uhr bis 17.30 Uhr

---

#### **Teilnehmerinnen/Teilnehmer:**

##### Studierende:

Herr Arndt (Stellv.), Frau Fehr, Herr Lippa,  
Herr Watermann

##### Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

Herr Prof. Presber  
Herr Prof. Slenczka

##### Akademische MA:

Frau Dr. Huberty (Vorsitzende)  
Frau Dr. Klinzing (Stellv.)  
Frau Dr. Schiewer

##### Sonstige MA:

Herr Schneider (Stellv.)  
Frau Schwedler

##### Ständig beratende Gäste:

Herr Dr. Baron (I Abt L)  
Herr Prof. Nagel (VPSI)

##### Gäste:

Herr Steffan (JurFak)  
TOP 4:  
Herr Prof. van Buer (PhilFakIV)  
Frau Hillebrand (Studierende LA PhilFakI)  
Herr Dr. Kohring (PhilFakI)  
Frau Dr. Kuhn (SZ Lehramt)  
Herr Mayer (Fachschaftsinitiative Lehramt)

##### Geschäftsstelle:

Frau Heyer (Protokoll, Abt. I)

#### **1. Bestätigung der Tagesordnung**

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

#### **2. Bestätigung des Protokolls vom 25.01.010**

Das Protokoll der Beratung vom 25.01.10 wird bestätigt.

#### **3. Information**

Herr Prof. Nagel berichtet:

- Im Rahmen des Wettbewerbs „Bologna – Zukunft der Lehre“, den die Stiftung Mercator und die Volkswagen-Stiftung ausgeschrieben hatte, wurden zwei eingereichte Anträge der HU nicht prämiert. Von insgesamt 180 eingereichten Anträgen wurden nur 9 Anträge befürwortet. In der 1. Förderlinie werden 6 Hochschulen bei der Entwicklung und Erprobung neu zu gestaltender Curricula von Bachelorstudiengängen unterstützt. Dazu gehören die FHS Bielefeld, die Brandenburgische TU Cottbus mit HS Lausitz, die Universität Göttingen, die Universität Lüneburg, die TU München und die Universität mit HS Ulm. In der 2. Förderlinie werden Mittel zur Anschubfinanzierung von Expertengruppen und Kompetenzzentren für die Hochschullehre zur Verfügung gestellt. Unter den ausgezeichneten Projektanträgen befindet sich auch das Konzept des Dieter Scheffner Fachzentrums für medizinische Hochschullehre und evidenzbasierte Ausbildungsforschung der Charité.
- Im Wettbewerb um den Titel „Internationale Hochschule des Jahres“ hat sich die HU beworben und ist unter die letzten vier der eingereichten Anträge gekommen. Mit der Entscheidung werde in der nächsten Woche gerechnet.
- Die neuen Musterstudien- und Musterprüfungsordnungen wurden an die Fakultäten verteilt und der Rechtsstelle zur Prüfung übergeben.

#### **4. Beratung zu Fragen der Lehrerbildung**

Einleitend stellt Herr Prof. van Buer die Entstehung und die Stellung der Broschüre „Die ‚neue‘ Lehrer/innenbildung an der HU 2004 – 2009“ dar. Er betont, dass die Stellungnahme auf Initiative des Vorstands der GK für Lehrerbildung entstanden sei und die Meinung der Autoren widerspiegeln.

Das Papier sei getrennt von der Evaluation zu sehen, deren Ergebnisse jedoch teilweise mit eingeflossen seien.

Herr Prof. Nagel berichtet, dass eine kritische Bestandsaufnahme durch die Universitätsleitung bereits 2007 und vor der Akkreditierung der einzelnen Studiengänge angeregt wurde. Mit finanzieller Unterstützung der Universitätsleitung sollte u.a. die Frage untersucht werden, wie eine Governance in der Lehrerbildung aussehen könnte.

Frau Dr. Huberty nennt die im Memorandum der Broschüre dargestellten Positionen und Forderungen des ehemaligen Vorstands der GK. Sie erinnert an die Diskussion in der LSK am 7.12.09 über die Rechte und Aufgaben einer GK und fasst die unterschiedlichen Auffassungen zusammen.

Herr Prof. van Buer erläutert ausführlich die einzelnen Punkte und stellt u.a. dazu fest:

- Eine GK mit Empfehlungscharakter und ohne Entscheidungsbefugnis habe sich in der zurückliegenden Entwicklungsphase nicht als wirksames Instrument bewährt.
- In der Lehrerbildung sei es zunehmend wichtig, ein wissenschaftliches Zentrum zu etablieren, dass grundlegende Strukturveränderungen mit in die Diskussion bringen könne.
- Eine für Lehramts-Studierende erkennbare und mit den Fakultäten vernetzte „Studierheimat“ als Unterstützungssystem werde benötigt.
- Eine Verbesserung des Informationssystems, der Prüfungsverwaltung sowie des Berichtswesens und der datenbasierten Entscheidungsfindung sei notwendig.
- Entwicklungsaufgaben, wie z.B. die Organisation einer Vernetzung mit den Schulen sowie die Diskussion von Fragen der Schulentwicklung sowie lehramtstypischer Fragen, seien nachhaltiger wahrzunehmen.

Herr Mayer berichtet als Vertreter der neugegründeten Fachschaftsinitiative Lehramt über die von den Studierenden gesehenen Aufgaben und Kritikpunkte:

- Unter den Lehramts-Studierenden gäbe es eine hohe Unzufriedenheit mit der Ausbildung. Die Fachschaftsinitiative habe sich daher zum Ziel gesetzt, eine studentische Öffentlichkeit zu schaffen und ihre Interessen gegenüber der Universität zu vertreten. Es sei notwendig, dass die Studierenden in die Arbeit der entscheidenden Gremien einbezogen werden.
- Eine Forderung bestehe darin, in den Modulen mehr Wahlfreiheit zu schaffen. Insbesondere im Bereich der Erziehungswissenschaft werden derzeit nur Pflichtmodule angeboten. Im Bachelorstudium entfalle ein zu geringer Anteil auf lehramtsbezogene Inhalte.
- Im Bachelorstudium sei das Praktikum nicht ausreichend, daher sei der Vorschlag, ein Praxissemester einzuführen, zu diskutieren.
- In einer neuen GK, als Kommission des AS, sollten die Studierenden ausreichend präsent sein und in die Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen mit einbezogen werden.

Herr Prof. van Buer und Herr Prof. Nagel verweisen in diesem Zusammenhang auf die Verträge zwischen den lehrerbildenden Universitäten und dem Land Berlin. Strukturelle Veränderungen des Studiums und eine Reform der Lehrerbildung seien sehr schwer umzusetzen. Herr Prof. Nagel erklärt, dass die angestrebten institutionellen Veränderungen unterstützenswert und im Rahmen der anstehenden Strukturdebatten zu klären seien. Es müsse jedoch beachtet werden, dass keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung stehen. Werde etwas neu eingerichtet, müsse es an anderer Stelle eingespart werden. Herr Prof. Nagel erläutert seine Auffassung, dass eine neue Form der GK gefunden werden sollte. Es sei zu klären, ob die LSK der Ort sei, an dem die Lehramtsordnungen diskutiert und beschlossen werden.

In der ausführlichen Diskussion tauschen die LSK-Mitglieder ihre unterschiedlichen Positionen zur zukünftigen Stellung einer GK Lehrerbildung und zu den Aufgaben des Zentrums für Lehrerbildung aus. Herr Arndt und Frau Hillebrand kritisieren eine Reihe von Punkten in der Ausbildung von Lehramts-Studierenden, wie z.B. eine unzureichende Vermittlung des Stoffs in der Fachdidaktik und die unterschiedliche Dauer der Lehramtsmaster bei der Ausbildung von Real- und Gymnasiallehrern. Herr Prof. Nagel verweist in diesem Zusammenhang auf die Bestrebungen, den einjährigen Lehramtsmaster einzustellen. Herr Arndt betont, dass die Besonderheiten der Lehrerausbildung von vielen Lehrenden nicht ausreichend ernst genommen werden. Herr Prof. Presber hinterfragt Möglichkeiten für eine andere Zuordnung des Zentrums für Lehrerbildung, für die örtliche Unterbringung und für eine Finanzierung über Fort- und Weiterbildungsangebote.

Zum Abschluss der Diskussion werden die folgenden Punkte zum weiteren Vorgehen vereinbart:

- Die LSK bittet den Vizepräsidenten, eine Sitzung der GK einzuberufen und die GK aufzufordern, einen neuen Vorstand einzusetzen.
- Der Vizepräsident wird weiter gebeten, auf der Basis der Stellungnahme des GK-Vorstands eine Vorlage auszuarbeiten, in der die Einrichtung einer neuen Kommission des AS vorge schlagen wird, die explizit für die Fragen der Lehrerbildung zuständig ist. Im Hinblick auf die Zusammensetzung sollte die Kommission Lehrerbildung der LSK gleich geschaltet sein, in der die Studierenden über die Hälfte der Sitze und Stimmen verfügen. Die Kompetenzen der neuen Kommission für Lehrerbildung sind in der Vorlage klar festzulegen. Darüber hin-

aus soll in der Vorlage ein Konzept für die zukünftige Governance-Struktur vorgeschlagen werden.

- Die Vorlage wird der LSK und der GK in einer gemeinsamen Sitzung zur Diskussion vorgelegt.
- Nach der Beschlussfassung in der LSK ist die Vorlage dem AS und dem Konzil mit dem Antrag auf Änderung der Verfassung der HU vorzulegen.

Die LSK fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

#### **Beschluss LSK 06/2010**

- I. Die LSK bittet den Vizepräsidenten für Lehre und Studium die Gemeinsame Kommission für Lehrerbildung zur Wahl eines neuen Vorstands einzuberufen.
- II. Die LSK bittet den Vizepräsidenten für Studium und Internationales, eine Vorlage über die zukünftige Governance-Struktur der Lehrerbildung an der HU zu erstellen. Diese Vorlage soll auf einer gemeinsamen Sitzung der LSK und der GK Lehrerbildung diskutiert werden.

#### **5. Beratung zur Flexibilisierung der Struktur des Bachelorstudiums**

Frau Dr. Huberty schlägt vor, in die Beratung zwei Papiere einzubeziehen:

1. Vorlage „Konsequenzen aus der Kritik – Die HU fordert eine Revision der Bologna-Reform“, (Prof. Gerhardt, AS-Sondersitzung am 9.2.10)
2. Vorlage „Vorschläge für die Umsetzungsstrategie der neuen Bologna-Reform an der HU“ (Frau Dr. Klinzing)

Zu 1: Auf Nachfrage von Herrn Lipa informiert Herr Prof. Nagel über das von Herr Prof. Gerhardt initiierte Papier, das zum Ziel hat, die wesentlichen Forderungen der Studierenden aufzugreifen und eine statusgruppenübergreifende Position des AS zu erreichen. Nach der Beratung im AS am 9.2.10 wurde vereinbart, das Papier in einigen Punkten zu überarbeiten und zu Beginn des SoSe erneut vorzulegen.

Frau Dr. Huberty schlägt vor, dass sich die LSK dazu verständigt, wie mit den konkreten Vorschlägen zum Studium generale, zur Abschaffung der Anwesenheitspflicht, zur Erhöhung der Regelstudienzeit sowie zu Änderungen bei der Berücksichtigung der Modulnoten für die Bildung der Gesamtnote etc., weiter verfahren werden kann.

Herr Prof. Presber sieht hinsichtlich der Besonderheiten des Medizinstudiums noch Gesprächsbedarf. Es sei wichtig, mehr Freiräume für Wahlfächer zu schaffen. Jedoch sollte die Regelstudienzeit nicht herauf gesetzt werden. Nach Auffassung von Herrn Prof. Nagel entspricht der Grundgedanke des Papiers den letzten in der LSK geführten Diskussionen. Die neuen Musterordnungen lassen die geforderten Veränderungen, bis auf die Einführung eines achtsemestrigen Bachelor in Verbindung mit einem viersemestrigen Master, zu. In der Entscheidung der Fächer liege jedoch die Gestaltung eines sieben- bzw. achtsemestrigen Bachelor mit anschließenden drei- bzw. zweisemestrigen Master. Mit den nun vorliegenden Musterordnungen habe die Diskussion an den Fakultäten und Instituten zur Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen intensiv begonnen. Frau Dr. Klinzing verweist darauf, dass für bestimmte Studiengänge, die eine Sprachausbildung enthalten, das „8+4 Bachelor-Master-System“ sinnvoll sein könnte. Dazu sollte eine kapazitätsbezogene Diskussion geführt werden. Herr Prof. Slenczka regt an, dass von der Universitätsebene bestimmte Rahmenbedingungen vorgegeben werden sollten.

Für die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 15.3.10 schlägt Frau Dr. Huberty vor, die AS-Beschlüsse vom 9.2.10 zu diskutieren. Demnach soll in die Musterprüfungsordnung eine Empfehlung aufgenommen werden, dass den Studierenden die Möglichkeit eingeräumt wird, bis zu 10% ihrer Prüfungsnoten im Bachelor zu streichen. Darüber hinaus hat der AS beschlossen, in die Musterordnung die Empfehlung zu übernehmen, dass die Anzahl der für einen Studienpunkt zu erbringenden Arbeitsstunden universitätsweit von bisher 30 auf 25 herab gesetzt wird.

Zu 2: Frau Dr. Klinzing erläutert die Vorlage und unterstreicht, dass zur Schaffung eines Wahlfreimoduls im Umfang von 10 SP mehr Flexibilität benötigt werde. In der Diskussion zur Überarbeitung der Studien- und Prüfungsordnungen am Institut für Sozialwissenschaften wurden eine Öffnungsklausel bzw. andere Varianten für die Struktur des Bachelorstudiums thematisiert. Über die folgenden Fragen sollte der AS daher neu entscheiden:

- Das Beifach mit 20 SP sollte auch durch andere Alternativen, z.B. in Form von Wahlpflichtmodulen, ersetzt werden können.
- Der Umfang der BZQ sollte von 30 SP auf 20 SP reduziert werden.
- Angebote des Career Centers und des Sprachenzentrums könnten im neuen Wahlfrei-Modul Berücksichtigung finden.
- Die fast ausschließlich forschungsorientierte Ausrichtung der Masterstudiengänge sollte zugunsten der anwendungsorientierten und berufs begleitenden bzw. weiterbildenden Masterstudiengänge überdacht werden.

Herr Prof. Nagel weist darauf hin, dass die LSK vor kurzem die neuen Musterordnungen beschlossen habe und die Diskussion nicht wieder neu geführt werden sollte. Er erklärt, dass aus anderen Fächern keine Hinweise vorliegen, dass der Umfang oder die Qualität der BZQ-Angebote nicht akzeptiert und reduziert werden sollte. An der LGF sei der Studienanteil BZQ hoch angesehen. Herr Dr. Baron informiert, dass noch Klärungsbedarf mit der Senatsverwaltung besteht, inwieweit dem Kernfach 10 SP entzogen werden können. Er verweist auf eine ältere Richtlinie der Senatsverwaltung mit der Festlegung, dass das Studium im Kernfach mindestens die Hälfte der im Studium zu erreichenden Studienpunkte umfassen soll. Im Übrigen waren die AS-Beschlüsse zur Struktur des Studiums begründet und sollten einen gewissen Rahmen vorgeben. Eine völlige Wahlfreiheit sei verwaltungstechnisch nicht umzusetzen. Herr Prof. Slenczka vertritt die Auffassung, dass die LSK nicht einzelne Detailfragen debattieren sondern erst klären sollte, welche großen Themen zur Diskussion anstehen.

Herr Arndt schlägt vor, die Konzipierung achtsemestriger Bachelorstudiengänge gesondert zu besprechen. In diesem Zusammenhang weist Herr Watermann darauf hin, dass für die Fächer bei Einführung achtsemestriger Bachelorstudiengänge eine Finanzierungslücke entstehen würde, da in der Übergangsphase nicht genügend Abschlüsse erreicht werden können. Er schlägt vor, in der LSK die KMK-Vorgaben zur Anerkennung von Leistungen zu diskutieren.

Der Antrag von Frau Dr. Klinzing zu der Vorlage einen Beschluss zu fassen wird mit 0 : 1 : 7 abgelehnt. Die LSK-Mitglieder vertreten mehrheitlich die Auffassung, dass die vom AS beschlossene Struktur des Bachelorstudiums beibehalten werden sollte. Den Fächern wird empfohlen, in den BZQ-Bereich auch Angebote zum Erwerb fachspezifischer Kompetenzen einzubringen.

## **6. Verschiedenes**

- Frau Fehr erläutert die von Studierenden der Zahnmedizin angesprochene Problematik. Demnach sollen die integrierten Behandlungskurse zum SoSe 2010 abgeschafft und nunmehr getrennt und als einsemestriger Kurs durchgeführt werden. Die Studierenden seien in diese Entscheidung nicht einbezogen worden und bekunden ihr Interesse, dass die Kurse in der bisherigen Form fortgeführt werden. Es sei nicht nachvollziehbar, aus welchen Gründen diese Entscheidung ohne eine vorherige Evaluation getroffen wurde.  
Die LSK-Mitglieder nehmen den Bericht zur Kenntnis und empfehlen, das Problem in den Gremien der Charité anzusprechen, da die LSK in diesem Fall keine Handlungsmöglichkeiten habe.
- Auf Nachfrage von Herrn Prof. Nagel zu den Ergebnissen der von der LSK eingesetzten AG „Gutes Studium“ antwortet Frau Dr. Klinzing, dass die Arbeit der AG nicht fortgesetzt werden konnte.

gez.  
H. Heyer